

# Reader



## Der Streik bei BSH Bosch-Siemens-Hausgeräte im Jahr 2006

Artikelsammlung von  
Texten und Flugblättern aus

sozialismus ■ info  
**solidarität**  
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

## *Einleitung*

*Im Herbst 2006 fand im Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk Berlin ein spektakulärer Streik gegen die Stilllegung des Werks statt. Wir veröffentlichen hier eine Reihe von Artikeln und Flugblättern, die die SAV während und nach dem Streik veröffentlicht hat. Einen Überblick über den Hintergrund und Verlauf des Arbeitskampfes gibt der erste Artikel, der ein Jahr nach Ende des Streiks geschrieben wurde. Die weiteren Artikel erscheinen in chronologischer Reihenfolge.*

---

## **19. 10. 2007: BSH vor einem Jahr - Spektakulärer Streik**

**Vor einem Jahr endete der Ausstand im Berliner Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk**

*von Daniel Behruzi, zuerst veröffentlicht in der jungen Welt, 19.10.07*

Vor einem Jahr wurde im Spandauer Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk (BSH) einer der spektakulärsten Arbeitskämpfe, die in den vergangenen Jahren in Berlin stattfanden, beendet. Spektakulär war dieser Konflikt in verschiedener Hinsicht. Mit ihrer Entschlossenheit und Kreativität – insbesondere durch den »Marsch der Solidarität« – sorgte die Belegschaft dafür, dass ihre Anliegen weit über die Unternehmens- und Stadtgrenzen hinaus bekannt wurden. Erstmals konnte ein Konzern wie Siemens mit einem Arbeitskampf so unter Druck gesetzt werden, dass er von dem bereits gefällten Schließungsbeschluss Abstand nahm und die Aufrechterhaltung der Produktion bis ins Jahr 2010 garantierte.

Spektakulär war allerdings auch das Ende des Streiks. Als der IG-Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel das ausgehandelte Ergebnis – das neben der Standortgarantie auch Lohnkürzungen und die Entlassung von mehr als 200 Beschäftigten vorsah – rechtfertigte, flogen ihm rote Gewerkschaftsmützen und Streikwesten entgegen. Die Mehrheit der Arbeiter verließ unter »Hau-ab«-Rufen das Streikzelt. Zwei Drittel der Belegschaft lehnten den Kompromiss in der Urabstimmung ab.

Für Erbitterung unter den Streikenden sorgte nicht allein die Tatsache, dass ein Teil der Belegschaft auf die Straße gesetzt werden sollte. Vor allem das Zustandekommen der Einigung machte die Arbeiter wütend. Immer wieder hatten die Spitzen der IG Metall und des Betriebsrats auf Versammlungen gesagt, es werde kein Vertrag unterschrieben, der nicht zuvor in der Belegschaft diskutiert wurde. Buchstäblich mitten in der Nacht stimmten die Verhandlungs- und die Tarifkommission dennoch für die Annahme des Ergebnisses. Hüseyin Akyurt, Leiter des IG-Metall-Vertrauenskörpers, dazu in einem Interview: »Ich habe gewarnt: Das werden die Kollegen so nicht akzeptieren. Ihr betrügt die Kollegen. Darauf wurde immer wieder geantwortet: Die 50 Prozent Zustimmung, die kratzen wir schon zusammen.« Letztlich votierten zwar lediglich 35,62 Prozent für die Einigung, der Streik wurde von der Gewerkschaftsführung trotzdem – in Einklang mit den Statuten der IG Metall, aber zur Empörung der Mehrheit der BSH-Beschäftigten – beendet.

Wütend machte die Arbeiter auch die Absage einer für den 19. Oktober am Siemens-Sitz in München geplanten Großkundgebung. Der »Marsch der Solidarität« hatte die Streikenden mit vielen Belegschaften in Kontakt gebracht – u.a. bei AEG in Nürnberg und BenQ in Kamp-Lintfort. Allorts kündigten sie als vorläufigen Höhepunkt den Aktionstag in der bayerischen Landeshauptstadt an. Andere Belegschaften wollten hinzukommen. Viele Streikaktivisten meinen bis heute, dass die Kundgebung den in der Öffentlichkeit wegen des BenQ-Desasters und einer deutlichen Erhöhung der Vorstandsgehälter angeschlagenen Siemens-Konzerns womöglich zu weiteren Zugeständnissen veranlasst hätte. Doch die IG Metall »bezahlte« den erzielten Kompromiss u. a. mit der schriftlichen Zusage, keine weiteren Protestaktionen außerhalb Berlins durchzuführen.

## 28.8.2006: Die Zeit drängt

### Kampf um die Arbeitsplätze bei Bosch-Siemens in Berlin

Die Beschäftigten des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerkes in Berlin kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Die Produktion soll bis zum nächsten Jahr stillgelegt werden. Am 24. August demonstrieren rund 800 Kolleginnen und Kollegen vor der Berliner Siemens-Verwaltung. Die Vertrauensleute des Siemens-Schaltwerkes nahmen auch an der Demonstration teil.

Im Frühjahr 2005 konnte die geplante Schließung des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerkes in Berlin-Spandau durch den Widerstand der Beschäftigten verhindert werden. Die Unternehmensleitung hatte sich jedoch auf die zweite Runde dieses Kampfes gründlich vorbereitet. Das ganze Jahr 2006 über wurde Mehrarbeit geleistet und Samstag-Schichten gefahren. Die Beschäftigten in der Produktion haben 22 Freischichten angehäuft, so dass BSH Spielraum hat, um Proteste und einen Arbeitskampf leichter auszuhalten.

Anfang August 2006 hat die Firmenleitung erneut verkündet, die Produktion am Standort Spandau stilllegen zu wollen. Angeblich war sie bereit zu verhandeln, eine teilweise Fortführung des Betriebes zu ermöglichen, wenn die Mehrkosten im Vergleich zur Schließung 10 Millionen Euro jährlich nicht überschreiten würden. Wohlgedemerk, hierbei geht es nicht um Verlust, sondern um 10 Millionen weniger Profit. BSH insgesamt hat 2004 über 500 Millionen Euro Profit erzielt.

### Nie ernsthaft verhandelt

Betriebsrat und IG Metall haben sich auf Verhandlungen eingelassen und Lohnverzicht in Höhe von 26,5% der Lohnkosten (Angabe der IGM) bei gleichzeitiger Reduzierung der Belegschaft angeboten. Nach ihren Berechnungen wäre dadurch die 10-Millionen-Marke erreicht worden. Sie rechneten dem Unternehmen sogar vor, dass eine Schließung wegen der Einmalkosten (Abfindungen, Abriss der Hallen) teurer wäre. Die Vorstellung, betriebswirtschaftlich schlauer sein zu können als die Kapitalisten ist allerdings illusorisch. Nicht die Summe der Kosten zählt für die Aktionäre, sondern die Rendite-Erwartungen. Das Unternehmen setzt auf die Schließung des gewerkschaftlich gut organisierten und kampferfahrenen Betriebes in Berlin und auf den Erhalt der modernen Werke in Türkei, Polen und Spanien. Das ist im Sinne der Aktionäre richtig – und steht im Gegensatz zu den Interessen der Beschäftigten.

Die Firmenleitung will das Werk schließen, am liebsten kurzfristig und brutal. Aber die Schließung per Zwischenschritt mit einer halbierten Belegschaft, die auf große Teile ihres Lohns verzichtet ist eine weitere Option, die gewählt werden könnte, um per Mitnahmeeffekt öffentliche Subventionen zu kassieren oder politischen Druck aus der Auseinandersetzung zu nehmen. Ernsthaft verhandeln wollte die Firmenleitung nie. Sie nutzte die Verhandlungen nur, um den Eindruck zu vermitteln, Betriebsrat und IG Metall wären am Scheitern Schuld.

BR-Vorsitzender Güngör Demirci sagte auf der Betriebsversammlung am 22.8., man hätte bewusst darauf gesetzt, der Firmenleitung entgegen zu kommen und auf Protestaktionen verzichtet. Der BR hätte Zugeständnisse angeboten, die vor Jahren undenkbar gewesen wären. Er beschrieb dies als notwendig, damit der BR nicht als kompromisslos dargestellt werden könne. IGM-Bezirksleiter Höbel meinte „... am Ende darf sich hier keine Seite vorwerfen lassen, nicht alles für den Erhalt der Arbeitsplätze getan zu haben ...“.

Dieses Vorgehen hat die Position der Beschäftigten geschwächt. Die bürgerlichen Medien haben ohnehin die Version der Firmenleitung übernommen. Das kann nur durch die eigene Öffentlichkeitsarbeit von BR und IGM konterkariert werden, die allerdings bisher nicht stattgefunden hat, weil man um des lieben Friedens willen der Geschäftsleitung entgegen gekommen ist. Die Zustimmung des BR zu Überstunden und Sonderschichten hat der Firmenleitung ermöglicht, sich auf einen Arbeitskampf vorzubereiten. Der Lohnverzicht schafft Unklarheit bei den Beschäftigten und schwächt den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Kollegen fragen sich: Lohnt es sich unter solchen Umständen weiter dort zu arbeiten? Soll man nicht lieber die Abfindung nehmen?

### **3 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte**

#### **Die Zeit drängt**

Schon ist Zeit verloren worden. Am 31.8. wird entschieden, ob dem Antrag der Firmenleitung, ein Einigungsstellenverfahren mit dem Inhalt „Betriebsschließung und Sozialplan“ zu eröffnen, stattgegeben wird. Innerhalb weniger Wochen würde dann die Einigungsstelle die Zulässigkeit der Schließung abnicken und die Höhe der Abfindungen festsetzen. Das würde die Bedingungen für den Kampf um die Arbeitsplätze verschlechtern, vor allem, wenn bis dahin weiter produziert würde.

Es muss jetzt entschlossen gehandelt werden. Es ist notwendig, sofort wirtschaftlichen Druck durch Arbeitskampf-Maßnahmen aufzubauen und gleichzeitig politischen Druck durch öffentliche Aktionen und die Verbindung zu anderen Betrieben erzeugen.

Bei der Betriebversammlung am 22.8. sagte der BR-Vorsitzende Demirci man wäre verhandlungsbereit aber wenn der Arbeitgeber bis zum 24.8. nicht verhandeln und stattdessen gegen den Willen des BR einen Antrag auf Einrichtung der Einigungsstelle abgeben würde, „... dann werden wir die Republik bewegen, so eine Auseinandersetzung hat das Land noch nicht gesehen.“

Am 24.8. gab es eine Demonstration. In seiner Rede drohte Demirci erneut: „Wenn die Geschäftsleitung nicht bis Montag an den Verhandlungstisch zurückkehrt, dann werden wir Aktionen in Gang setzen.“ Nach der Demonstration wurden Kollegen im Werk allerdings auch von BR-Mitgliedern angehalten, die Produktion schnell wieder aufzunehmen. Es sieht nicht danach aus, als wäre allen klar, dass entschlossener Widerstand und eine öffentliche Kampagne sofort notwendig sind.

#### **Fehlende Investitionen**

Demirci schlug auf der Kundgebung auch vor, das Land Berlin möge eine Summe von zwei Millionen jährlich bereitstellen, um die entgangenen Profite von BSH auszugleichen. Somit werden öffentliche Gelder zur Subventionierung von Arbeitsplatzabbau und als Garantie für die Profite eines Konzerns verwendet – eine hilf- und sinnlose Forderung.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter des BSH-Werkes in Spandau produzieren seit 50 Jahren Waschmaschinen. Sie haben BSH und den Mutterfirmen reichhaltige Profite beschert. Mit diesen Profiten wurden hochmoderne Werke in Polen und der Türkei aufgebaut. In Berlin-Spandau wurden in den letzten Jahren keine nennenswerten Investitionen vorgenommen. Stattdessen wurde Berlin unprofitabel gerechnet, indem die Personalkosten von in Wirklichkeit weltweit tätigen Kollegen aus der Entwicklung dem Standort zugerechnet werden.

Anstatt die öffentliche Hand aufzufordern, die Profite von BSH zu subventionieren müssten BR und Gewerkschaft deutlich machen, dass nicht die Arbeiter verzichten sollten sondern dass BSH im Kampf Geld abgerungen werden müsste, um die Arbeitsplätze und den Standard der Löhne und Arbeitsbedingungen zu erhalten.

#### **Wie kann es weiter gehen?**

Angesichts der Entschlossenheit der Firmenleitung braucht es dieselbe Entschlossenheit auf Seiten der Beschäftigten und der Gewerkschaft. Wenn es gelingt, die wirtschaftlichen und politischen Kosten der Schließung in die Höhe zu treiben, kann das Werk verteidigt werden.

Auf der Kundgebung am 24.8. erklärte die Berliner WASG-Spitzenkandidatin Lucy Redler, die WASG wird den Kolleginnen und Kollegen in ihrem Kampf helfen, auch wenn es zu Streik oder einer Betriebsbesetzung kommt.

Ein Streik alleine wird BSH zur Zeit wohl aussitzen können. Wenn allerdings der Betrieb besetzt würde und die Beschäftigten die Kontrolle über sämtliche Anlagen und Gebäude übernehmen, wäre der wirtschaftliche Schaden für BSH größer. Ein besetzter Betrieb wäre die beste Grundlage, um eine große öffentliche Wirkung zu entfalten, die Beschäftigten der anderen Betriebe vor allem in Berlin-Spandau zu erreichen und so die notwendige politische Bewegung zu schaffen, um Druck auf BSH auszuüben.

Berlin hat in den letzten zwei Jahren viele betriebliche Auseinandersetzungen erlebt. Trotz großer An-

strengungen wurden die Jobs bei CNH, JVC und Samsung nicht gerettet. In keinem dieser Fälle war es zu einer vollständigen Betriebsbesetzung gekommen. Für die Kolleginnen und Kollegen bei BSH gibt es nicht mehr viele Alternativen. Der Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze erfordert entschlossenes Handeln – jetzt.

---

## **19.10.2006: Streik bei Bosch-Siemens in Berlin**

### **Dramatische Wende bahnt sich an – Fortsetzung des Streiks gegen IGM-Beschluss**

Seit Monaten kämpft die Belegschaft des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerks um den Erhalt der Fabrik in Berlin-Gartenfeld. Im August kam die Nachricht, dass die Geschäftsleitung die Produktion zum Jahresende stilllegen will. Seit drei Wochen befinden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik. Sie organisierten einen Marsch der Solidarität quer durch die Republik, der sie zu anderen von Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Belegschaften und den anderen BSH-Werken führte. Die Resonanz, vor allem in Kamp Lintfort, wo BenQ vor der Schließung steht, und bei den AEG-KollegInnen in Nürnberg war hervorragend. Auch die internationale Solidarität wurde durch die BSH-Belegschaft entwickelt. Gewerkschaftsvertreter aus den BSH-Werken in Polen und der Türkei wurden nach Berlin eingeladen und in beiden Werken haben in den letzten Tagen erste Flugblatt-Aktionen zur Solidarität stattgefunden.

Die Siemens-Bosse stehen zur Zeit, unter anderem wegen der BenQ-Pleite, unter erheblichem öffentlichem Druck. In der arbeitenden Bevölkerung wächst die Wut auf millionenschwere Manager und Kapitalisten, die Profite anhäufen und gleichzeitig Werksschließungen und Massenentlassungen vornehmen. Deshalb wollte der Siemens-Vorstand eine Demonstration vor der Konzernzentrale in München – die als Abschluss des Marsches der Solidarität für den heutigen Donnerstag geplant war – verhindern. Diese hätte Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen Belegschaften zusammen bringen und die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes aufzeigen können.

### **Versuch des Streik-Abbruchs**

So gelangten Geschäftsleitung und Verhandlungsführer von IG Metall und Betriebsrat am Mittwoch zu einer Einigung und die Kundgebung in München wurde schnell abgesagt. Die IG Metall beeilte sich das Ergebnis als einen Erfolg zu verkaufen: zum ersten Mal sei ein Stilllegungsbeschluss rückgängig gemacht worden, das Werk bleibe erhalten.

Bei genauerem Hinsehen blieb den Kolleginnen und Kollegen aber die Freude im Halse stecken. Die Vereinbarung sah 216 betriebsbedingte Kündigungen, zwanzig Prozent Lohnkürzungen für die verbleibenden Mitarbeiter und mäßige Abfindungen für die ausscheidenden KollegInnen vor. Hinzu kommt, dass eine Aussicht für eine Fortführung der Produktion nach 2010 überhaupt nicht besteht und viele KollegInnen zurecht die Sorge äußerten, dass die Geschäftsleitung schon vorher versuchen könnte diese Vereinbarung zu brechen, um einer dann geschwächten Belegschaft das Rückgrat zu brechen. Die Zustimmung zu dieser Vereinbarung und insbesondere die Absage der in München geplanten Demonstration wurde von vielen KollegInnen massiv kritisiert. Darunter auch von Mitgliedern des Betriebsrats und dem Vertrauenskörperleiter Hüseyin Akyurt. Auch der für den Betriebsrat tätige Rechtsanwalt Thomas Berger kritisierte die Vereinbarung öffentlich und bezeichnete sie als „schlecht“.

Erste Diskussionen am Mittwoch verliefen entsprechend kontrovers. Doch vor allem wussten viele KollegInnen gar nicht, was genau vereinbart wurde, da der Text der Vereinbarung nicht an alle verteilt wurde. Gleichzeitig wurde für den Donnerstag schon die Urabstimmung durchgesetzt.

Donnerstag früh um 6.30 Uhr wurde der Text der Vereinbarung dann von SAV-Mitgliedern an die Kolleginnen und Kollegen verteilt, zusammen mit einem [Flugblatt](#) mit dem Titel „Sagt Nein!“, das zur Ablehnung des Verhandlungsergebnisses bei der Urabstimmung aufrief. Beides wurde uns aus der Hand gerissen und „Sagt Nein!“ wurde zur Parole des Tages. Die Empörung über den tatsächlichen Text der Verein-

## **5 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte**

barung überstieg die Kritik des Vortages um ein vielfaches. Noch vor der Eröffnung der Streikversammlung ergriffen Kollegen das Wort im vollbesetzten Streikzelt und wiesen darauf hin, dass die Behauptung, es habe keine bundesweite Solidarität für den Streik gegeben (die von einigen Befürwortern der Vereinbarung als ein Grund für den Abschluss genannt wurde) nicht der Wahrheit entspricht. Ein Kollege, der am Marsch der Solidarität teilgenommen hatte, wies darauf hin, wie viele Unterstützungsunterschriften zum Beispiel gesammelt wurden. Ein Betriebsratsmitglied forderte auch dazu auf, dass es keine Urabstimmung geben dürfe, bevor nicht alle KollegInnen den Text der Vereinbarung gelesen haben und alle Fragen dazu beantwortet sind.

### **Streikversammlung am Donnerstag**

Dann ergriff der Betriebsratsvorsitzende Güngör Demirci das Wort, der den Verlauf der Urabstimmung erklären wollte. Er versuchte auch noch einmal zu begründen, warum er der Vereinbarung zugestimmt hat. Daraufhin rief der VK-Leiter Akyurt unter tosendem Applaus der versammelten Belegschaft aus, dass es sich um einen faulen Kompromiss handelt. Seine Frage „wollt Ihr weiter kämpfen?“ wurde ebenso begeistert wie lautstark bejaht. Bei zum Teil tumultartigen Szenen wurde der Versuch die Urabstimmung vor einer allgemeinen Aussprache und Klärung der offenen Fragen zu beginnen, verhindert.

Nach einer Pause wurde die Streikversammlung fortgesetzt, um die Punkte der Vereinbarung durchzugehen und die Fragen der KollegInnen zu beantworten. Direkt zu Beginn dieser Aussprache wies Hüseyin Akyurt noch einmal darauf hin, dass eine Annahme nur zu einer Schwächung der Belegschaft führt und es eine Illusion ist zu glauben, man könne dann 2010 noch effektiven Widerstand gegen eine Schließung leisten. Den Vereinbarungstext in die Luft haltend sagte er: „Schlimmer als das, was wir jetzt haben, kann es nicht kommen!“ Wieder tosender Applaus. Nach einer, teilweise langatmigen, Diskussion über die Einzelheiten der Vereinbarung spitzte sich die Versammlung wieder zu, als der Punkt 9 aufgerufen wurde. In diesem hatten sich IG Metall und Betriebsrat verpflichtet keine weiteren Aktionen außerhalb von Berlin durchzuführen, womit vor allem die Kundgebung in München gemeint war. Der erste Kollege, der dazu sprach schloss mit dem Satz: „Wir hatten unsere Hand an der Gurgel der Geschäftsleitung. Und die IG Metall hat uns auf die Hand geschlagen.“ Tosender Applaus. Der Begriff „Verrat“ machte die Runde. Kollegen wiesen darauf hin, dass der Kampf mit dem Versprechen geführt wurde für alle Arbeitsplätze zu kämpfen und man nun auch diejenigen enttäuscht, die solidarisch waren. Dann ergriff ein Mitglied der Tarifkommission das Wort und sagte, er habe mit seiner Zustimmung zu der Vereinbarung einen Fehler gemacht und beendete dies mit der Bemerkung „Scheiß IG Metall“. Der verantwortliche IG Metall-Sekretär Luis Sergio zog den Zorn der KollegInnen auf sich, als er behauptete, man hätte in München nur mit ein paar hundert Leuten demonstrieren können und dies wäre ein Zeichen der Schwäche gewesen. Dieser Einschätzung versprachen vor allem solche Kollegen vehement, die am Marsch der Solidarität durch das Land teilgenommen hatten. Als ein Kollege dann sagte, dass man zumindest symbolisch hätte demonstrieren können und Sergio daran erinnert wurde, dass er noch vor wenigen Tagen sagte, dass man auf jeden Fall die Demonstration in München durchführen werde, erklärte Sergio, Symbolik sei ihm „scheiß-egal“.

### **Streik fortsetzen!**

In einer bewegenden Szene ergriff dann ein Kollege das Wort und sprach über die familiären Probleme, die der Streik bei ihm schon zur Folge hatte. Und er beendete seine Ausführungen mit dem Satz: „Scheiß“ auf die Probleme. Wir kämpfen weiter.“ Stehende Ovationen und Sprechchöre „Wir kämpfen weiter – Solidarität“ waren die Folge. Auf der Bühne wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Sagt Nein!“ in die Höhe gehalten.

Kurze Zeit später ergriff Güngör Demirci noch einmal das Wort, um eine persönliche Erklärung abzugeben. In dieser sagte er, er werde sich niemals gegen die Kollegen stellen. Er wiederholte, dass er die Vereinbarung als einen Erfolg sehe, dieser aber einen Haken habe, nämlich die betriebsbedingten Kündigungen. An dieser Stelle müsse die Vereinbarung aufge bessert werden. Er habe den Kollegen zugehört und sehe das Ergebnis der Urabstimmung vor Augen. Mit dem Satz: „Wir werden gemeinsam weiter kämpfen“ rief er faktisch zur Fortführung des Streiks auf und konnte sich so wieder an die Spitze der Belegschaft stellen. Allerdings diesmal, in dem er der Belegschaft folgte und nicht umgekehrt!

Die Urabstimmung läuft bis Freitag 12.00 Uhr. Der Großteil der KollegInnen stimmt jedoch offen ab, so dass es zur Zeit (19:30 Uhr am Donnerstag Abend) wahrscheinlich ist, dass die nötigen 75 Prozent für die Fortsetzung des Streiks erreicht werden. Dies wäre ein Novum in der Geschichte von Arbeitskämpfen der IG Metall und würde den Streik mit einem Schlag zu einem Kampf von enormer bundesweiter Bedeutung machen.

Da eine Urabstimmung für den IG Metall-Vorstand nur empfehlenden Charakter hat, wird sich die Frage stellen, wie dieser reagieren wird. Vom Vorstand äußerte sich niemand in den Debatten. IGM-Sekretär Sergio sprach nur davon, dass man das Ergebnis „respektieren“ werde, er aber nicht für den Vorstand sprechen könne. Es wird von großer Bedeutung sein, dass IGM-Funktionäre und -Mitglieder bundesweit in den nächsten Tagen Solidaritätsbriefe für die BSH-Belegschaft an den IGM-Vorstand schreiben und diesen auffordern, den Streik fortzusetzen.

Die Auseinandersetzung wird dann zweifelsfrei eine neue Qualität annehmen und mit härteren Bandagen geführt werden. Sie wird aber auch eine ganz neue Ausstrahlungskraft gewinnen können und zu breiterer Solidarisierung führen können.

Entscheidend wird sein, dass die Belegschaft den eingeschlagenen Weg weiter geht und die Kontrolle über den Streik gewinnt.

Entscheidend wird aber auch sein, ob GewerkschafterInnen, soziale Bewegungen und Linke in Berlin und bundesweit die Bedeutung dieser Auseinandersetzung erkennen und sofort eine bundesweite und intensive Solidaritätsarbeit beginnen.

*Sascha Stanicic, 19.10.2006*

---

## **20.10.06 : BSH Berlin: Mehrheit der Belegschaft für Fortsetzung des Streiks**

Die Urabstimmung der Kolleginnen und Kollegen beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Berlin wurde heute um 12.00 Uhr beendet. Auf dem ganzen Werksgelände hängen Transparente und Plakate, die dazu auffordern die von IG Metall, Betriebsrat und Geschäftsleitung ausgearbeitete Vereinbarung abzulehnen und mit „Nein“ – und damit für eine Fortsetzung des Streiks – zu stimmen.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist ein Schlag ins Gesicht der IG Metall und der Verhandlungsführung. 67 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, die an der Urabstimmung teilnahmen (die Beteiligung lag bei über 95 Prozent) stimmten mit Nein. Das politische Votum ist also eindeutig: Ablehnung eines Vertrages, der unter anderem 216 betriebsbedingte Kündigungen vorsieht. Doch die Satzung der IG Metall hält in solchen Fragen wenig von Mehrheitsentscheidungen und Demokratie. Nach Satzung reichen 25 Prozent für den Abbruch eines Streiks. Das Argument der für einen Streik notwendigen großen Geschlossenheit einer Belegschaft zog aber bei den BSH-Streikenden nicht. Sie reagierten empört auf die Interpretation des Urabstimmungsergebnisses durch den zuständigen IGM-Sekretär Luis Sergio, der erklärte, dass die Vereinbarung damit angenommen sei. Unter lauten Rufen „Die Mehrheit muss entscheiden“ und „Wir wollen streiken“ übergab Sergio dann das Mikrophon an den IGM-Bezirksleiter Olivier Höbel. Dieser wurde mit einem Konzert aus Pfiffen und Buh-Rufen empfangen und als er begann zu reden, verließ die große Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen das Streikzelt und versammelte sich auf dem Platz davor. Höbel entblödete sich nicht vor einem fast leeren Streikzelt zu reden, während davor heftige Wortgefechte und Debatten statt fanden. Kollegen brachen in Tränen aus und ließen ihrer Wut und Enttäuschung freien Lauf. Nach einer Viertelstunde und einigen Gesprächen riefen einige AktivistInnen dazu auf, ins Zelt zurück zu kehren und die Versammlung fortzusetzen, um eine neue Streikleitung zu wählen.

Als erster ergriff der Vertrauenskörper-Leiter Hüseyin Akyurt das Wort. Er sagte: „Das Ergebnis ist eindeu-

## 7 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte

tig. Der Streik wird fortgesetzt. Wir entscheiden darüber, ob wir streiken oder nicht.“ Diese deutliche Absage an den Versuch der IG Metall-Führung, den Streik abzublasen führte zu stehenden Ovationen. Der Ruf „Wir streiken weiter – Solidarität“ erklang aus hunderten Kehlen. Die Kolleginnen und Kollegen waren auf dem Weg, sich die Kontrolle über ihren Streik in ihre Hände zu holen.

Nach Akyurt sprach der Betriebsratsvorsitzende Güngör Demirci, der auch für eine Fortsetzung des Streiks eintrat, aber doch sehr stark darauf orientierte, dass dieser durch die Strukturen der IG Metall geführt werden müsse. Er sprach davon, dass die Satzung der IG Metall verändert werden müsse und forderte den IGM Vorstand zur Unterstützung des Kampfes auf. Nach einer kurzen Beratung ergriff er wieder das Wort und ließ über drei Forderungen abstimmen: 1. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, 2. Verbesserungen bei den Abfindungen, 3. Verbesserungen bei den Renten-Regelungen. Auf den Zwischenruf „was ist mit den Lohneinbußen“ reagierte Demirci beschwichtigend und sagte, man könne jetzt auch nicht zuviel fordern. Dann erklärte er, dass sie nun zu Gesprächen zur IG Metall aufbrechen.

Wenige Stunden später erklärten sie vor der Belegschaft, dass die IG Metall den Streik um Mitternacht beenden werde.

Nun stellt sich die Frage, wie es weiter gehen kann? Die Belegschaft ist einen weiten Weg gegangen, um endlich einmal ein Signal in diesem Land zu geben: Es reicht mit Arbeitsplatzvernichtung aus Profitgier! Sie haben einen Marsch der Solidarität zu anderen Betrieben durchgeführt und viel positive Resonanz und Solidarität erfahren. Sie haben sich gegen einen faulen Kompromiss ausgesprochen, der ihnen von der IG Metall-Führung präsentiert wurde. Jetzt stehen sie vor der Wahl: den schwierigen Weg des selbständigen Streiks und der Betriebsbesetzung gehen oder der Übermacht von Kapital und Gewerkschaftsbürokratie nachgeben. Eines ist klar: das Verhandlungsergebnis ist ein Todesurteil für den Standort Berlin, 216 werden jetzt den Arbeitsplatz verlieren, der Rest spätestens 2010 – und dieser Rest wird dann aufgrund der Lohneinbußen mit einer schlechteren Abfindung und niedrigerem Arbeitslosengeld gehen. Klar ist auch: ein selbstorganisierter Streik und eine Betriebsbesetzung sind hart und werden von den Kolleginnen und Kollegen einiges abverlangen. Aber ohne harte Kampfmaßnahmen wird es kaum möglich sein die Offensive der Kapitalisten zu beenden. Und ohne offene Zurückweisung der Sabotage der IG Metall-Führung wird eine Entwicklung hin zu mehr innergewerkschaftlicher Demokratie und zu kämpferischen Gewerkschaften kaum möglich sein.

Eine Betriebsbesetzung würde vor allem eine sofortige Neuwahl einer Streikleitung erfordern, die das Vertrauen aller kämpfenden Kolleginnen und Kollegen genießt.

Doch dies ist nicht nur eine wegweisende Entscheidung für die BSH-Belegschaft. Für alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wird sich die Frage stellen: wie stehst Du zu BSH? Wird der Betrieb besetzt, dann kommt es darauf an, dass bundesweit in einem ganz anderen Ausmaß Solidarität von unten organisiert wird. Nicht nur, weil die Kolleginnen und Kollegen auf Spenden angewiesen sein werden. Auch, um die IG Metall unter Druck zu setzen und dazu zu zwingen, die Unterstützung des Kampfes wieder aufzunehmen.

BSH kann zu einem Sinnbild für den Widerstand gegen die Willkür der Kapitalisten und die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung im ganzen Land werden. So wie in den 80ern der Kampf in Rheinhausen, in den 90ern der Kampf in Bischofferode, von enormer bundesweiter Bedeutung für die Arbeiterbewegung waren, so kann dies bei BSH geschehen. Wenn die Kollegen sich dazu entscheiden sollten, den Betrieb zu besetzen.

*Sascha Stanicic, 20.10.06, 18:30 Uhr*

## 22.10.06: BSH: Bericht von der letzten Streikversammlung

von Sascha Stanicic

Nachdem sich 67 Prozent der Streikenden bei BSH für eine Fortsetzung des Streiks und eine Ablehnung der zwischen IG Metall und Geschäftsleitung ausgehandelten Vereinbarung ausgesprochen hatten, hat die IG Metall-Führung dieses eindeutige Votum der Belegschaft ignoriert und den Abbruch des Streiks durchgesetzt. Und das, obwohl eine Streikversammlung nach Ende der Urabstimmung einstimmig für die Fortsetzung des Streiks votierte und die Gewerkschaft aufrief dieses Votum zu respektieren.

Nachdem auf der Streikversammlung unmittelbar nach der Urabstimmung die Stimmung unter den Streikenden auf dem Siedepunkt war, führte die Unterbrechung der Versammlung und die Durchführung eines gemeinsamen Abendessens im Streikzelt mit Beteiligung von IGM-Funktionären und Spitzenpolitikern (Wowereit, Gysi, Dieter Dehm) zu einer veränderten Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen. Die Dynamik der gemeinsamen Rebellion gegen das Vorgehen der IG Metall-Führung war nicht mehr da und es dominierte das Gefühl, dagegen selbständig nichts ausrichten zu können.

Eine um 21 Uhr einberufene Streikversammlung verlief dann auch ganz anders, als die Versammlungen am Nachmittag und am Vortag. Die kritischen Kolleginnen und Kollegen, die für Fortsetzung des Streiks waren, meldeten sich kaum oder zu spät zu Wort. Wahrscheinlich, weil sie nicht wussten, welche praktischen Vorschläge sie machen können. Stattdessen gab es viele Unmutsbekundungen aus dem Saal durch Zwischenrufe, die aber immer wieder zu Auseinandersetzungen im Saal führten. Dies wurde dadurch verstärkt, dass von Seiten der Betriebsratsvorsitzenden Güngör Demirci, der die Versammlung leitete, am Anfang der Debatte keine Vorschläge gemacht wurden, sondern erst einmal „die Meinungen der Kollegen gehört“ werden sollten. Daraufhin meldeten sich dann vor allem Kollegen zu Wort, für die der Streikabbruch nicht mehr in Frage zu stellen war. Den meisten Applaus erhielt die kleine Tochter eines Streikenden, die sich darüber beschwerte, dass sich die Kollegen nun untereinander stritten und sagte: „Wenn es um meinen Arbeitsplatz gehen würde, würde ich weiter kämpfen.“

Als der zuständige IGM-Sekretär Luis Sergio dann den Streikabbruch offiziell verkündete und sagte, „wir können stolz auf unseren Kampf sein“, ergriff ein Kollege das Wort und sprach den Streikenden aus dem Herzen, als er an Sergio gerichtet sagte: „Dein Stolz und unser Stolz sind zwei verschiedene Dinge. Wir können stolz sein, Du nicht.“ Diese deutlichen Worte in Richtung IG Metall-Führung ernteten starken Applaus und Sergio erhielt damit die verbalen Prügel, die er zweifellos verdient, weil er den Streikabbruch mit betrieben hat, die aber vor allem die Verantwortlichen im IGM-Hauptvorstand beziehen sollten, die den faulen Kompromiss ausgehandelt hatten.

Als dann Güngör Demirci sagte, dass das Streikzelt bis Sonntag stehe und man weiter zusammen kommen solle, um zu diskutieren, wie es weiter gehen soll, war klar, dass der Streik nicht weitergehen wird. Denn dies war der letzte Moment, in dem ein Vorschlag für eine Fortführung des Kampfes hätte kommen können. Die allgemeine Aufforderung zur Fortsetzung von Diskussionen musste ins Leere laufen und gab für die Streikenden keine Perspektive. So fand die Versammlung leider ein Ende, das das Selbstbewusstsein und das Gefühl für das Erreichte nicht stärkte, sondern die Kolleginnen und Kollegen eher vereinzelt nach Hause gehen ließ.

Viel zu spät wurde dann in der Nacht noch entschieden zu einer Diskussion am Samstag um 16 Uhr einzuladen. Diese Einladung wurde auf der Gewerkschaftsdemonstration, an der sich über 50 KollegInnen beteiligten, verteilt. Das führte aber dazu, dass an dieser Versammlung mehr GewerkschafterInnen aus anderen Betrieben und Mitglieder politischer Gruppen teilnahmen, als Streikende selber.

Hier war man sich einig, dass der Kampf der BSH-Belegschaft, trotz des für die IG Metall unrühmlichen Streikabbruchs, als ein politischer Erfolg zu bewerten ist und dass ein Weg gefunden werden muss, auf diesem aufzubauen. „Der Streik ist beendet, der Kampf geht weiter.“ – das war die Schlussfolgerung aller an der Diskussion Beteiligten.

## **28.10.2006: Skandalöser Streikabbruch in Berlin**

### **IG Metall handelt gegen die Belegschaft von Bosch-Siemens-Hausgeräte**

Nach 26 Tagen wurde der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte (BSH) in Berlin-Spandau gegen Betriebsschließung und Entlassungen von der IG-Metall-Führung gegen den Willen der Mehrheit der Streikenden abgebrochen. Damit ist nicht nur eine Chance vertan worden, gegen Unternehmerwillkür in die Offensive zu kommen. Der Verlauf des Streiks ist auch ein Armutszeugnis für die Politik der IG-Metall-Oberer und ein großes Kompliment an die Streikenden.

*von Sascha Stanicic, Berlin*

Im August hatte die Konzernleitung angekündigt, das Werk zum Jahreswechsel schließen zu wollen. Der Schließungsbeschluss erging trotz der Tatsache, dass der Konzern große Gewinne macht. Diese sind den Bossen aber nicht hoch genug. Durch eine weitere Verlagerung der Produktion in Niedriglohngelände, in diesem Fall Polen und Türkei, sollen die Profite maximiert werden – auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter. So funktioniert der Kapitalismus – wenn man ihn lässt.

### **Sozialtarif?**

Die Beschäftigten des Werks und ihre gewerkschaftlichen Vertreter wollten ihn nicht „lassen“ und setzten sich gegen die Pläne der Geschäftsleitung zur Wehr. Es wurde protestiert und verhandelt. Wieder einmal stellte die Gewerkschaft die Forderung nach einem Sozialtarif auf. Dies soll dazu dienen, einen legalen Streik führen zu können. Diese Taktik führt aber auch dazu, dass öffentlich nicht für den Erhalt aller Arbeitsplätze argumentiert werden kann, da ein Sozialtarif ja zwangsläufig die Frage von Abfindungsregelungen für ausscheidende MitarbeiterInnen behandelt, und es der Gewerkschaftsführung leichter fällt, faulen Kompromissen zuzustimmen. Nach dem Scheitern von Verhandlungen traten die ArbeiterInnen dann am 26. September in einen unbefristeten Streik.

### **Streik und „Marsch der Solidarität“**

Die KollegInnen wussten: Allein machen sie dich ein. Sie organisierten einen „Marsch der Solidarität“, der sie über Zwischenstationen bei verschiedenen anderen BSH-Standorten und von Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Belegschaften am 19. Oktober zu einer Kundgebung vor der Konzernzentrale in München hätte führen sollen. Durch den Marsch politisierten sie die Auseinandersetzung und knüpften direkte Verbindungen zu anderen Belegschaften. Die Resonanz, vor allem bei den BenQ-Beschäftigten in Kamp Lintfort, war groß.

Durch die BenQ-Pleite und die öffentlichen Debatten über Manager-Gehälter und die „neue Unterschicht“ geriet die Konzernleitung unter wachsenden Druck. Vor allem die geplante Kundgebung in München machte ihnen Sorgen. Also wurde kurzerhand an den betrieblichen Vertretern vorbei zwischen IG-Metall-Zentrale und Geschäftsleitung ein Kompromiss ausgehandelt und dieser ultimativ zur Unterschrift vorgelegt. „Unterschreiben oder Werksschließung“ war die Parole und Zeit für Beratung oder gar Rücksprache mit der Streikversammlung blieb den betrieblichen Vertretern nicht. Es wurde unterschrieben und die IG Metall sagte die Kundgebung in München ab. So sollte für Ruhe gesorgt werden – genau in dem Moment, in dem der Streik eine größere gesellschaftliche und politische Wirkung entwickelte.

### **Fauler Kompromiss**

Das Verhandlungsergebnis war äußerst schlecht. Es sah zwar die Fortführung der Produktion bis 2010 vor und bedeutete damit erstmalig eine Rücknahme eines Schließungsbeschlusses. Gleichzeitig wurde dies aber mehr als teuer erkaufte: 216 (von 570 in der Fertigung) betriebsbedingte Kündigungen, Lohneinbußen von 20 Prozent, eine Abfindungsregelung weit unter der Forderung der Gewerkschaft. Und skandalöserweise verpflichtete sich die IG Metall in der Vereinbarung dazu, keine Protestaktionen außerhalb von Berlin durchzuführen. Die Belegschaft nahm diese Vereinbarung mit heller Empörung und offener Ablehnung auf. Aus ihrer Sicht sollte der Kampf um alle Arbeitsplätze geführt werden und war insbesondere das Hinnehmen von betriebsbedingten Kündigungen inakzeptabel.

## Rebellion gegen IGM-Führung

In einer offenen Rebellion gegen die Führung der IG Metall wurde das Ergebnis von der Mehrheit der KollegInnen in der Streikversammlung vehement zurückgewiesen und die Forderung nach Fortsetzung des Streiks aufgestellt. Die folgende Urabstimmung brachte dann auch ein eindeutiges Ergebnis: 67 Prozent der abgegebenen Stimmen für Weiterführung des Streiks. Dies reicht aber nach der reichlich undemokratischen Satzung der IG Metall nicht aus. Diese sieht vor, dass ein Streik nur bei 75-prozentiger Zustimmung geführt werden kann. Die Streikversammlung votierte trotzdem einstimmig für eine Fortsetzung des Streiks für drei konkrete Forderungen. Die IG Metall wurde zur Unterstützung einer Streik-Fortsetzung aufgerufen. Doch diese ignorierte den Willen der Streikenden und hielt an dem Beschluss zum Streik-Abbruch fest. Dementsprechend wurde der Streik am 20. Oktober um Mitternacht beendet.

## Bilanz

Das Ergebnis bei BSH steht in einer Reihe mit den Ergebnissen ähnlicher Auseinandersetzungen, wie bei CNH in Berlin und AEG in Nürnberg. Die Auseinandersetzung ging hier aufgrund des Selbstbewusstseins der KollegInnen und des Einflusses kritischer GewerkschafterInnen aber deutlich weiter. Doch trotzdem war die Belegschaft nicht auf den – zu erwartenden – Ausverkauf durch die IGM-Führung vorbereitet. Sie hatte keine ausreichenden Strukturen gebildet, die den Streik tatsächlich vollständig unter die Kontrolle der Streikenden gebracht hätte. Und auch die linken und kritischen GewerkschafterInnen hatten keine Gruppe gebildet, die schnell und geschlossen hätte handeln und eine alternative Führung hätte darstellen können.

Der einzige Weg wäre die Besetzung des Werks gewesen, doch im entscheidenden Moment orientierten die Wortführer der Belegschaft darauf, die IGM-Funktionäre zu überzeugen statt den Schritt zu einem selbstständigen Streik zu gehen, sich an die Basis der Gewerkschaft in anderen Betrieben zu wenden und so die Führung unter Druck zu setzen. Eine Besetzung hätte zweifellos die Gefahr beinhaltet, dass die Konzernchefs (erst einmal) ihre Bereitschaft zum Kompromiss zurückgezogen hätten. Gleichzeitig hätte sie aber einen bundesweiten Bezugspunkt für andere betroffene Belegschaften bilden können und eine Welle der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes auslösen können.

Was bleibt, ist trotzdem ein Erfolg. Denn die BSH-Bosse konnten sich mit ihrem Schließungsplan nicht durchsetzen und der Kampf selber hat neue Maßstäbe gesetzt. Darauf kann in zukünftigen Kämpfen aufgebaut werden. Und der Streik kann auch ein Ausgangspunkt für die bessere Vernetzung kritischer Metal-lerInnen im Kampf für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft sein.

*Sascha Stanicic ist SAV-Bundessprecher*

---

## 1.11.2006: Kämpfen lohnt sich!

**Der Streik bei BSH war ein politischer Erfolg – der Abbruch des Streiks ein politischer Skandal!**  
– Flugblatt der SAV zum Streikende bei BSH Berlin

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

nach 26 Tagen eines beeindruckenden Streiks für den Erhalt Eurer Arbeitsplätze musstet Ihr die Arbeit wieder aufnehmen, obwohl eine deutliche Mehrheit der Belegschaft sich in der Urabstimmung und in den Streikversammlungen für eine Fortsetzung des Streiks ausgesprochen hatte. Die Wut und Enttäuschung waren und sind unter Euch zurecht groß. Einige von Euch werden sich vielleicht fragen, ob der Streik überhaupt einen Sinn gemacht hat, andere überlegen sicher aus der IG Metall auszutreten.

Die SAV hat Euren Kampf von Anfang an unterstützt. Wir haben mit Euch den Streik-Abbruch der IG Metall verurteilt und Vorschläge für eine Fortsetzung des Kampfes gemacht. Wir sind der Meinung: Ihr

## **11 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte**

habt viel erreicht und könnt stolz auf Euren Kampf sein! Das ist keine Floskel und soll nicht von dem skandalösen Verhalten der IG Metall ablenken. Im Gegenteil sind wir der Meinung, dass es jetzt darauf ankommt, Lehren und Konsequenzen zu ziehen. Dabei können die aktiven Kolleginnen und Kollegen Eurer Belegschaft eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen Euch mit diesem Flugblatt ein paar Ideen und Vorschläge mitteilen.

### **Kämpfen lohnt sich!**

Die Art und Weise des Streikabbruchs zeigt, dass Euer Streik eine Wirkung erzielt hat. Die Siemens-Bosse hatten richtig Angst vor der geplanten Kundgebung in München. Und die Spitzenfunktionäre der IG Metall offensichtlich auch. Es ist kein Geheimnis, dass die IG Metall-Führung in Bayern Eure Kundgebung nicht gerne sah und sich weigerte dafür zu mobilisieren. Auch die, stark von gewerkschaftlichen Funktionären geprägte, WASG München rief ihre Mitglieder erst zwei Tage vor dem Kundgebungstermin auf daran teilzunehmen – nachdem Lucy Redler von der WASG Berlin sie schriftlich dazu aufgefordert hatte.

Warum diese Angst? Siemens war durch die BenQ-Pleite und die Debatte über Managergehälter einerseits und „neue Unterschicht“ andererseits unter erheblichen öffentlichen Druck geraten. Eine Kundgebung vor der Konzernzentrale hätte den Image-Schaden stark vergrößert. Vor allem aber hätte eine Kundgebung, an der sich nicht nur 600 oder BSH-Kollegen, ihre Angehörigen und solidarische Unterstützer aus Berlin beteiligt hätten, sondern auch Delegationen anderer Belegschaften, vor allem von BenQ aus Kamp Lintfort einen wichtigen Schritt hin zu gemeinsamem Widerstand verschiedener Belegschaften gegen Arbeitsplatzvernichtung und Werksschließungen bedeutet.

Und genau darin besteht die große Bedeutung und der politische Erfolg Eures Kampfes. Ihr habt den Kampf für Euer Werk nicht „egoistisch“ geführt. Ihr habt nicht die Standort-Brille aufgesetzt. Ihr habt ihn als Beitrag zum Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau im Allgemeinen verstanden. Ihr habt deutlich gemacht: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Dadurch, dass Ihr andere BSH-Standorte und andere von Entlassungen betroffene Belegschaften auf Eurem Marsch der Solidarität besucht habt, habt Ihr den Finger in die Wunde des kapitalistischen Systems gelegt. Denn Werksschließungen und Massenentlassungen sind keine betriebswirtschaftlichen Unfälle, sondern sind Folge der Profitlogik des Kapitalismus. Und die Kapitalisten kommen mit Ihren dreisten Maßnahmen durch, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter sich spalten lassen und nicht geschlossen zur Wehr setzen. Euer Kampf war eine Maßnahme gegen die Spaltung. Deshalb war er politisch und deshalb war er so wichtig.

Dabei seid Ihr auch der IG Metall-Führung in die Quere gekommen. Diese betreibt schon lange eine Politik des Co-Managements. Statt konsequentem und entschlossenem Widerstand wird die Standort- und Profitlogik der Kapitalisten nicht in Frage gestellt und wird nur noch versucht das Schlimmste zu verhindern. Niederlagen von Streiks wie bei AEG in Nürnberg und bei CNH in Berlin sind die Folge. Den hauptamtlichen Funktionären ist bei solchen Streiks nicht wichtiger, als dass sie die Kontrolle darüber behalten. Ihr habt begonnen eine selbständige Vernetzung von unten anzustoßen und das gefällt den Bürokraten in der Gewerkschaft nicht. Außerdem wollten sie offensichtlich Ruhe für einen Deal bei BenQ – da passte Eure Kundgebung in München überhaupt nicht in die gewerkschaftliche Verzichtstrategie.

### **Das Ergebnis**

Die IG Metall sagt, das von ihr abgeschlossene Ergebnis sei ein Erfolg. Schließlich sei zum ersten Mal ein Schließungsbeschluss rückgängig gemacht worden. Es stimmt: das ist ein Erfolg. Dieser Erfolg wurde aber teuer durch 216 betriebsbedingte Kündigungen, enormen Lohnverzicht, eine schlechte Abfindungsregelung erkaufte. Und vor allem gibt es keinerlei Garantie darauf, dass das Werk nach 2010 fortbesteht. Im Gegenteil: die Tatsache, dass es keine Investitionszusagen gibt macht deutlich, dass hier einem Tod auf Raten zugestimmt wurde.

Vor allem wäre aber mehr drin gewesen. Denn Euer Streik wurde genau in dem Moment abgewürgt, als er begann, eine größere Wirkung zu entfalten. Das „Argument“, die Kundgebung in München wäre ein Misserfolg geworden, ist in doppelter Hinsicht faul. Erstens läge die Verantwortung dafür bei der IG Me-

tall-Führung und niemandem sonst, insbesondere die bayrische IG Metall Führung hat sich geweigert zu der Kundgebung zu mobilisieren. Zweitens konnte niemand ernsthaft 10.000 Demonstranten erwarten, das hat auch die Geschäftsleitung zu keinem Zeitpunkt. Hier war die Qualität entscheidender als die Quantität. Eine Kundgebung, an der selbständig Delegationen verschiedener Betriebe, insbesondere von BenQ Kamp Lintfort und BSH, teilgenommen hätten, wäre ein politischer Erfolg gewesen, auch wenn daran „nur“ 1.500 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen hätten.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders skandalös, dass Teil der Vertrages der Verzicht auf Protestaktionen außerhalb Berlins ist. Damit hat die IG Metall-Führung nicht nur Euch das größte Druckpotenzials genommen, sondern auch die Kollegen anderer Betriebe, die gemeinsam mit Euch protestieren wollten, im Regen stehen lassen.

Euer Streik war ein politischer Erfolg – das Verhandlungsergebnis ein schlechter Kompromiss!

### **Wofür kämpfen?**

Ihr habt immer wieder in der Öffentlichkeit betont, dass Ihr Euren Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze führt. Gleichzeitig hat die IG Metall Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag aufgenommen, was gleichbedeutend ist mit einer Akzeptanz mindestens von Arbeitsplatzvernichtung, wenn nicht sogar der Werksschließung. Dies wurde oft damit begründet, dass nur durch Sozialtarifverhandlungen ein legaler Streik geführt werden kann und die Forderungen für einen Sozialtarifvertrag so hoch gestellt werden, dass es für das Unternehmen zu teuer wäre, dem zuzustimmen. Aber schon vor dem Streikbeginn wurde in der Öffentlichkeit davon gesprochen, die Produktion mit 400 Kollegen fortzusetzen und zwanzig Prozent Lohneinbußen zu akzeptieren. Das zeigt: die IG Metall-Führung war von Beginn an zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, obwohl Bosch-Siemens hohe Gewinne einfährt und es nicht einmal betriebswirtschaftlich eine nachvollziehbare Argumentation für die Schließung des Werkes gibt, außer eben die, dass anderswo noch mehr Profite eingefahren werden können.

Um den Kampf erfolgreich zu führen, war es richtig ihn politisch zu führen und Forderungen wie das Verbot von Entlassungen (bei Betrieben, die schwarze Zahlen schreiben) und dem politischen Streikrecht aufzuwerfen. Im Falle eines Konzerns, der eine halbe Milliarde Euro Gewinn macht und gleichzeitig hunderte Arbeiter auf die Straße werfen will, wäre es aber angebracht gewesen, die Politisierung des Kampfes noch weiter zuzuspitzen. Das hätte dadurch geschehen können, dass die Forderung nach Enteignung und Überführung des Werks in öffentliches Eigentum aufgestellt wird. Diese Forderung hätte deutlich gemacht, dass die Allmacht der Privateigentümer von Betrieben über das Leben der Beschäftigten nicht akzeptiert werden muss.

Das hätte gleichzeitig die Frage aufgeworfen: in welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Wer kontrolliert sie und für wen funktioniert sie? Man hätte einen ersten Schritt der Arbeiterbewegung raus aus der politischen Defensive der letzten Jahre machen können und der neoliberalen Ideologie etwas entgegensetzen können. Das bedeutet, dass man nicht bereit ist, die kapitalistischen Sachzwänge und Regeln zu akzeptieren und einem solchen Auseinandersetzung eine über den Kapitalismus hinausweisende, letztlich sozialistische, Perspektive gibt. Das ist keine Ablenkung von dem Kampf um ein bestimmtes Werk, sondern eine nötige Voraussetzung, damit ein solcher Kampf eben gesellschaftlich und politisch geführt werden kann.

### **Wie kämpfen?**

Die IG Metall-Führung hat Euren Streik gegen Euren Willen abgebrochen. Die Berufung auf die Satzung der Gewerkschaft, die vorsieht das ein Streik nur bei 75-prozentiger Zustimmung geführt werden kann, kann das Verhalten der IG Metall-Spitze nicht rechtfertigen. Es kann nicht angehen, dass 147 Kollegen über die Kündigung von 216 entscheiden. Hier ist die Satzung schlicht und einfach undemokratisch. Sie muss geändert werden – und bis sie nicht geändert wurde, sollte ihr nicht sklavisch gefolgt werden. Euer Votum war eindeutig. Die IG Metall-Spitze hätte den Streik fortsetzen können.

Das Kind war aber schon vorher in den Brunnen gefallen. Als bei der Torbesetzung am Montag früh das Gerücht die Runde machte, dass es eine Einigung bevor steht und die Kundgebung in München deshalb

### **13 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte**

möglicherweise abgesagt wird, hätte gehandelt werden müssen. Eine Streikversammlung der gesamten Belegschaft hätte einberufen werden sollen und diese hätte beschließen sollen, dass keine Unterschrift unter eine Vereinbarung gesetzt werden darf, bevor diese nicht auf einer Streikversammlung diskutiert wurde und dort Zustimmung gefunden hat. Das wäre ein Schritt gewesen, die Auseinandersetzung und die Verhandlungen unter die Kontrolle der Streikenden zu bekommen.

Euer Zwei-Drittel-Votum gegen den ausgehandelten Kompromiss kam einer Rebellion gegen die IG Metall-Führung gleich und war in der Geschichte der IGM ein einmaliger Vorgang. Es war gleichzeitig ein politisches Signal in mehrerer Hinsicht. Erstens: Es reicht! Wir sind nicht bereit weitere Entlassungen und Lohnkürzungen hinzunehmen! Zweitens: Wir wollen unsere Kämpfe selber kontrollieren und brauchen demokratische und kämpferische Gewerkschaften.

Es war richtig von Euch, den IGM Bezirksleiter Olivier Höbel alleine im Streikzelt stehen zu lassen und es war richtig die Streikversammlung danach ohne die hauptamtlichen IGM-Funktionäre fortzusetzen. In diesem Moment hätte die Streikversammlung jedoch weitere konkrete Entscheidungen für eine Fortsetzung des Kampfes führen müssen. Mindestens hätte eine spontane Demonstration oder eine Besetzung der IGM-Büros beschlossen werden müssen. In jedem Fall hättet Ihr Euch in diesem Moment eine autonome Streikleitung wählen müssen. Und wahrscheinlich wäre es sinnvoll gewesen, in das Werk zu besetzen. Dass dies nicht geschah war ein Fehler. Genauso war es ein Fehler nach dem Ende der Urabstimmung vor allem darauf zu setzen, dass die IG Metall-Führung möglicherweise Nachverhandlungen führt oder den Streik doch fortsetzt. Das wäre nur noch unter Eurer direkten Kontrolle und Leitung möglich gewesen.

Fehler sind unvermeidlich. Die Frage ist, wie man sich darauf vorbereiten kann, dass möglichst wenig Fehler gemacht werden. Das geht nur durch gemeinsame Diskussion und gemeinsames Handeln. Es gab viele aktive Streikenden, die das Verhandlungsergebnis ablehnten und den Streik fortsetzen wollten. Viele davon hatten ohnehin eine gewisse Skepsis gegenüber der IGM-Führung. Solche Kolleginnen und Kollegen hätten frühzeitig eine Gruppe bilden sollen, die nach der Urabstimmung in der Lage gewesen wäre, die Führung des Streiks zu übernehmen.

#### **War eine Betriebsbesetzung möglich ... und was wären die Folgen gewesen?**

Am Freitag Mittag wäre sicher eine große Mehrheit der Streikenden zur Besetzung des Betriebes bereit gewesen, wenn der Vorschlag gemacht worden wäre. Eine Besetzung hätte bedeutet, die Auseinandersetzung unter eigener Regie der Belegschaft zuzuspitzen. Sie hätte für alle beteiligten auch ein Risiko bedeutet. Die IG Metall hätte kein Streikgeld mehr gezahlt und die Konzernleitung hätte es sicher erst einmal auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Hättet Ihr die Kraft gehabt durchzuhalten? Hätte es eine Solidaritätsbewegung gegeben? Darauf gibt es keine Garantien. Sicher ist aber: wenn in diesem Land nicht mal eine Belegschaft diesen Schritt macht, werden die Gewerkschaftsbürokraten immer weiter unsere Kämpfe ausverkaufen und an die Wand fahren. Eine selbständige Fortsetzung des Streiks und Betriebsbesetzung hätte zu einem Bezugspunkt für andere Belegschaften und viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in ganz Deutschland werden können. Die Voraussetzungen dafür waren durch Euren Marsch der Solidarität sogar gut. Bundesweit hätten aktive Gewerkschafter Solidaritätskomitees bilden müssen, um Spenden für Euch zu sammeln und politische Unterstützung zu mobilisieren. Das wäre möglich gewesen. Der politische Druck auf die Konzernleitung und den IGM Vorstand hätten gesteigert werden können. Möglicherweise hättet Ihr dadurch ein besseres Ergebnis erzielt. In jedem Fall hättet Ihr ein Ziel erreicht, das Ihr immer wieder formuliert habt: „die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen bringen“ und damit einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau einer starken und kämpferischen Gewerkschaftsbewegung zu leisten.

#### **Der Streik ist vorbei – der Kampf geht weiter!**

Jetzt aus der IG Metall auszutreten wäre der falsche Schritt. Ohne eine Gewerkschaft hätte der Streik wahrscheinlich gar nicht erst begonnen werden können. Wir Arbeiter brauchen starke Gewerkschaften, um unsere Interessen gegen die Unternehmer durchsetzen zu können. Die sind nämlich gut organisiert.

Aber wir brauchen andere Gewerkschaften. Kämpferische und demokratische Gewerkschaften, ohne überbezahlte Bürokraten an der Spitze. Wir brauchen Streiks, die von den Belegschaften selber kontrolliert werden können. Deshalb sollte die Schlussfolgerung aus Eurem Streik sein: die IG Metall verändern. Das geht am besten dadurch, dass kritische Gewerkschafter sich zusammen schließen und eine kämpferische Opposition bilden – im Betrieb, im Bezirk und bundesweit.

Es ist wichtig, dass die Erfahrung Eures Streiks und die wahre Geschichte des Verlaufs und Abbruchs möglichst weit verbreitet werden. Nur dann können daraus die wichtigen Lehren für zukünftige Kämpfe gezogen werden. Kollegen, die Euch im Streik unterstützt haben, planen eine Broschüre und einen Film zur Dokumentation Eures Kampfes. Daran sollten sich möglichst viele Kollegen beteiligen, denn es war Euer Streik. Ebenso halten wir es für wichtig, dass eine Auswertungsversammlung unter Beteiligung von Kollegen und anderen Gewerkschaftern in Berlin durchgeführt wird.

Es wäre ein wichtiges Signal, wenn die Betriebsversammlung in dieser Woche einen Beschluss fassen sollte, der den Streikabbruch verurteilt und das Verhandlungsergebnis zurückweist. Eine solche Erklärung könnte an alle IG Metall-Bezirke und betrieblichen Vertrauenskörper im Land geschickt werden.

Vor allem aber müsst Ihr Euch auf die Auseinandersetzungen vorbereiten, die kommen werden: über die betriebsbedingten Kündigungen, über die Frage der Festlegung der Abfindungshöhe, über die Fortsetzung der Produktion.

Bald stehen die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten an. Wählt Kolleginnen und Kollegen, denen Ihr vertraut und die sich nicht am Ausverkauf des Streiks beteiligt haben. Stärkt so eine wirklich kämpferische gewerkschaftliche Interessenvertretung im Betrieb. Führt dann regelmäßige Vertrauensleute-Treffen durch, auf denen die gemeinsame Politik im Betrieb und mögliche Aktionen besprochen werden.

---

## ***15.12.2006: Tödliche Stille bei BSH?***

### **Fragen und Antworten zur aktuellen Lage (SAV-Flugblatt)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem Euer Streik für den Erhalt des Werks und aller Arbeitsplätze gegen Euren Willen von der IG Metall-Führung abgebrochen wurde, sind fünf Wochen vergangen. Und keiner von Euch weiß, was genau jetzt auf Euch zukommt. Es gibt keine ausreichenden Informationen der IG Metall oder des Betriebsrats. Von Nachverhandlungen zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen kann keine Rede sein. Das Verfahren vor der Einigungsstelle läuft und muss am 15.12. zum Abschluss kommen. Es gibt viele Fragen. Wir bieten ein paar Antworten an:

#### **1. Was kann man von der Einigungsstelle erwarten?**

Die zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern ausgehandelte Rahmenvereinbarung kann von der Einigungsstelle nicht durchbrochen werden. Im Klartext heißt das: es sind keine Verbesserungen im Vergleich zu dieser von Euch abgelehnten Vereinbarung zu erwarten. Der dort festgelegte Abbau von 216 Arbeitsplätzen wird durch die Einigungsstelle nicht in Frage gestellt werden. Hier geht es nur um die Verteilung der für Abfindungen vorgesehenen 23,5 Millionen Euro. Nach unseren Informationen hat sogar die vorsitzende Richterin der Einigungsstelle darauf hingewiesen, dass ihr durch die Rahmenvereinbarung die Hände gebunden sind. Die Geschäftsleitung sagt, der Betriebsrat solle einen Vorschlag für die Umsetzung der Rahmenvereinbarung vorlegen und macht damit deutlich, dass sie zu keinen Nachbesserungen bereit ist.

#### **2. Wer muss gehen?**

Bis zum 31. Januar 2007 können Kollegen sich entscheiden, freiwillig zu gehen. Doch angesichts der Fol-

## 15 Reader: Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte

gen ist nicht zu erwarten, dass eine größere Anzahl diesen Schritt tätigen wird. Die Angst durch Arbeitslosigkeit in die Hartz IV-Armut zu geraten ist berechtigterweise bei den meisten zu groß. Hinzu kommt, dass die Abfindungen versteuert und auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden müssen. Da bleibt nicht viel übrig. Die Abfindungen selber sind zudem mit einem realen Faktor von 1,2 bis 1,3 nicht besonders hoch.

Es sind also betriebsbedingte Kündigungen zu erwarten. Davon werden vor allem Kollegen der Euro-Washer-Produktion betroffen sein. Angesichts der hohen Zahl von Kündigungen werden auch Kollegen darunter sein, die 20 Jahre und mehr im Betrieb sind. Nach unseren Informationen existiert eine Liste der zu kündigenden Kollegen, die die Geschäftsleitung dem Betriebsrat hat zukommen lassen. Wir sind der Meinung: der Betriebsrat hat die Pflicht, die betroffenen Kollegen schnellstmöglich zu informieren!

### 3. Ist Frühpensionierung der Ausweg?

Ein Kollege der Lohngruppe 3, der 40 Jahre im Betrieb ist, hat einen Rentenanspruch von ca. 1.100 Euro netto, wenn er bis zum 65. Lebensjahr arbeitet. Entscheidet er sich für eine Frühpensionierung, muss er mit 20 bis 30 Prozent weniger Rente rechnen. Übrig bleiben 800 bis 900 Euro. Da ist es mehr als verständlich, dass dies für viele der älteren Kollegen kein Ausweg ist.

### 4. Nachverhandlungen?

Güngör Demirci hat nach der Urabstimmung im Streikzelt davon gesprochen, dass Nachverhandlungen zu drei Punkten geführt werden sollen: 1. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, 2. Verbesserungen bei den Abfindungen, 3. Verbesserungen bei den Renten-Regelungen. Die IG Metall hat dies nicht aufgegriffen. Aber hat es von Seiten des Betriebsrats Versuche in diese Richtung gegeben? Nicht vergessen: der Betriebsrat hat sehr wohl Möglichkeiten zu handeln. Er muss auch jeder betriebsbedingten Kündigung zustimmen.

### 5. Was tun?

Der Streikabbruch gegen Euren Willen war möglich, weil die Belegschaft nicht organisiert genug war, um sich gegen den IG Metall-Apparat durchzusetzen. Eure Losung danach war: "Der Streik ist zu Ende. Der Kampf geht weiter!" Das gilt weiterhin, denn die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet. Der Siemens-Konzern gerät immer mehr unter öffentlichen Druck. Auch bei BenQ musste Siemens mehr Zugeständnisse machen, als sie anfangs vor hatten. Es ist Zeit bis Anfang Februar sich auf den Kampf gegen betriebsbedingte Kündigungen vorzubereiten. Doch dazu müssen die aktiven und kämpferischen Kollegen im Betrieb zusammen kommen und sich organisieren, um praktische Schritte für Aktionen ergreifen zu können, wenn die Geschäftsleitung die ersten Kollegen rausschmeißen will.

**www.sozialismus.info - die Website der SAV**

Täglich neue Analysen und Berichte

Hintergrundinformationen

Internationales



**sozialismus ■ info**

**1,- Euro**



**SAV Sozialistische Alternative** ■